

Landkreis Leipzig: Bezahlkarte für Asylbewerber kommt



Statt Bargeld sollen Migranten eine Karte mit einem Guthaben für Einkäufe erhalten. AfD-Vorschlag zur Rückkehr zu Gutscheinen findet keine Mehrheit.

Von Simone Prenzel
vor 12 Stunden

 Artikel anhören

Landkreis Leipzig.

Sachleistungen oder Geld für Asylbewerber? Diese Frage wird zwischen Ostsee und Alpen derzeit heftig diskutiert. Im Landkreis Leipzig soll demnächst eine Bezahlkarte für Asylbewerber eingeführt werden. Diese Entscheidung hat der Kreistag auf seiner jüngsten Sitzung in Borna getroffen.

Die AfD hatte zuvor gefordert, anstelle von Bargeld Gutscheine auszugeben. Diese könnten in bestimmten Lebensmittelläden von den Betroffenen eingelöst werden. „Der gegenwärtige Leistungsumfang führt dazu, dass Geld angespart und in die Herkunftsländer überwiesen werden kann“, begründete Gisela Fritzsche, stellvertretende Fraktionsvorsitzender der AfD, den Vorstoß ihrer Partei. Da die Transferzahlungen bei Weitem die Entwicklungshilfe der

Bundesrepublik für diese Länder übersteigen würden, hätten diese kein Interesse daran, ihre Staatsbürger durch bilaterale Vereinbarungen zurückzunehmen, führte die Borsdorferin weiter aus.

AfD verweist auf Beispiele in Thüringen

Fritzsche verwies auf den Thüringer Landkreis Greiz: „Dort wurde zum 1. Dezember ein Pilotprojekt gestartet, von dem sich der Landkreis einen stark verringerten Verwaltungsaufwand und eine Verhinderung des Missbrauchs von Sozialleistungen erhofft“, so die Vertreterin der AfD.

Landrat Henry Graichen (CDU), zugleich Präsident des Sächsischen Landkreistages, hatte sich bereits Anfang November zur Abkehr von der bisherigen Praxis geäußert: „Wir müssen den finanziellen Anreiz reduzieren. Deshalb ist es notwendig, dass weniger Bargeld ausgezahlt wird“, hatte Graichen erklärt und wurde von der AfD mit dieser Aussage erneut zitiert.

Für die CDU trat Fraktionsvorsitzender Maik Kunze ans Mikro: „Wir möchten einen Änderungsantrag zum Antrag der AfD einbringen.“ Laut Kunze sei es zielführender, eine Bezahlkarte für Asylbewerber einzuführen. „Zwar hat der Landkreis die Ausgabe von Gutscheinen schon vor Jahren einmal praktiziert, so wie es jetzt wieder von der AfD gefordert wird.“ Doch die Gutscheine seien auf Grund eines zu hohen Verwaltungsaufwandes abgeschafft worden. Kritik am System habe es auch gegeben, weil die Asylbewerber in den Heim-Shops Waren zu überteuerten Preisen hätten kaufen müssen.

„Würde man zu dieser Verfahrensweise zurückkehren, müsste der Landkreis an den zehn Standorten der Gemeinschaftsunterkünfte ein solches Versorgungssystem aufbauen und betreiben“, machte Kunze klar. „Dazu müssen Räume angemietet und Personal eingestellt werden.“ Damit, so die Warnung des Groitzscher Bürgermeisters, würden die Kosten für die Aufgabenerfüllung deutlich steigen.

Kunze: Karte soll unkontrollierte Migration eindämmen

„Zur Wahrheit gehört aber auch“, so der CDU-Fraktionschef, „dass sich die jetzige Regelung ebenso nicht bewährt hat und das ausschließliche Ausreichen von Bargeld zu unschönen Nebenfolgen führen kann.“ Deshalb plädiere die CDU für eine Bezahlkarte. Diese würde Flüchtlinge nicht weiter animieren, nach Deutschland zu kommen und so helfen, eine unkontrollierte Migration einzudämmen. Kunze verwies wie Fritzsche auf [Pilotprojekte in den Thüringer Landkreisen Greiz und Eichsfeld](#). Thüringens

Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) habe inzwischen die Einführung einer Bezahlkarte für ganz Thüringen angekündigt.

Kritische Stimmen zur Umstellung auf ein weitestgehend bargeldloses Modell gab es aus den Reihen von SPD, Linken und Bündnisgrünen. Der Bornaer Carlo Hohnstedter (SPD) warf den Antragstellern Symbolpolitik vor. „Man kann sich als Geflüchteter gar nicht aussuchen, in welchen Landkreis man kommt.“ Eine Steuerungsmöglichkeit sei gar nicht vorhanden.

Jens Kretzschmar von der Linksfraktion empfahl der CDU, einen eigenen Antrag zum Thema zu stellen. Über den könne man sachlich diskutieren. Diane Apitz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sprach sich dafür aus, eine bundesweit angekündigte Einführung abzuwarten. Der Bund habe sich mit den Ministerpräsidenten darauf verständigt, bis Ende Januar 2024 über ein Modell zu entscheiden. „Bei dem Thema“, so Apitz, „geht es auch um einheitliche Standards.“

Landrat Graichen erinnerte während der Debatte im Bornaer Stadtkulturhaus daran, dass der Landkreis Leipzig lange an Gutscheinen für Asylbewerber festgehalten habe. Als letzter Landkreis in Sachsen waren in der Region bis 2015 noch Gutscheine ausgegeben worden, während die anderen neun Landkreise und die drei kreisfreien Städte längst auf Barzahlung umgestellt hatten. „Es war ein irrer Aufwand für den Kreis, diese Shops in den Asylbewerberbereinrichtungen zu betreiben.“ Die Gründe, von diesem System abzurücken, seien „nicht gewürfelt“ worden.

Graichen: Bezahlkarte bedeutet weniger Aufwand als Gutscheine

Die Bezahlkarte, zeigte sich der Kreischef überzeugt, bringe nicht so einen hohen Aufwand mit sich. „Sie stellt auch keine Diskriminierung von Asylbewerbern dar. Die aufgeladenen Guthaben können dazu genutzt werden, im Supermarkt einzukaufen oder kleine Beträge abzuheben.“ Rechtlich vorgeschrieben sei ein Taschengeld für den persönlichen Bedarf, zum Beispiel für Telefonkosten, Fahrkarten oder Hygieneartikel. Dieses werde im Landkreis Leipzig weiter bar ausgezahlt.

Während der AfD-Antrag zur Einführung von Gutscheinen durchfiel, gab es für den CDU-Vorstoß zur Bezahlkarte eine deutliche Mehrheit. 50 Kreisräte stimmten mit Ja, zehn mit Nein, fünf enthielten sich. Ein Zeitraum für die Einführung wurde vorerst nicht genannt.